

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 4. Februar 1988

Blatt 195

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Vor 75 Jahren wurde Franz Schuhmeier ermordet (197)
- 2. Lehrgang für Behindertenarbeit (198)
- Umleitung in der Eßlinger Hauptstraße (199)
- 3.000 Kilometer Rohrnetz der Gaswerke (200-202)
- Ärztekommission beurteilt Medikamentenstudie im Pflegeheim Lainz (203/204)

Kultur:

- Mauthausen — Ausstellung im Pädagogischen Institut (196)
- Sonderausstellung im Bezirksmuseum Penzing (196)

Mauthausen-Ausstellung im Pädagogischen Institut

Wien, 4.2. (RK-KULTUR) Das Pädagogische Institut veranstaltet gemeinsam mit der Lagergemeinschaft Mauthausen eine Ausstellung mit dem Titel „Auch Dinge haben ihre Tränen“. Sie zeigt Bilder von Herbert FRIEDL, die dem Gedächtnis der Opfer des KZ Mauthausen gewidmet sind. Im Rahmen der Ausstellung finden Autorenlesungen, Aussprachen von Schulklassen mit Künstlern und andere Veranstaltungen statt. Die Ausstellung wird von 22. Februar bis 26. März, Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr, im Pädagogischen Institut, 7, Burggasse 14-16, zugänglich sein. (Schluß) sti/gg

Sonderausstellung im Bezirksmuseum Penzing

Wien, 4.2. (RK-KULTUR) Im Bezirksmuseum Penzing, Penzinger Straße 59, ist bis 28. April eine Sonderausstellung mit Zeichnungen, Aquarellen, Druckgrafiken und Collagen von Christine TREBERSPURG sowie Kleinplastiken von Adolf TREBERSPURG zu sehen. Die Ausstellung ist jeweils Mittwoch von 17 bis 19 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/rr

Vor 75 Jahren wurde Franz Schuhmeier ermordet

Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Am 11. Februar jährt sich zum 75. Mal der Tag, an dem der populäre Arbeiterführer Franz Schuhmeier bei einem Attentat erschossen wurde.

Franz Schuhmeier wurde am 11. Oktober 1864 in Wien geboren. Er lernte den Beruf eines Ziseleurs, mußte jedoch wegen eines Augenleidens damit aufhören und wurde Hilfsarbeiter in einer Papierfabrik in Wien-Gumpendorf. Dort kam er erstmals mit der sozialdemokratischen Bewegung in Kontakt. 1886 gründete er den „Raucherklub Apollo“ als getarnte sozialdemokratische Organisation; damals galt in Wien der Ausnahmezustand, die Gründung von Arbeiterorganisationen war verboten. 1888 wurde Schuhmeier wegen seiner Tätigkeit im Klub verhaftet. Nach dem Gründungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreich in Hainfeld, um die Jahreswende 1888/89, gründete Schuhmeier 1889 den Arbeiterbildungsverein Apollo, aus dem die sozialdemokratische Organisation Ottakring wurde. 1896 bis 1898 war Schuhmeier Reichsparteisekretär, 1900 wurden er und der spätere Bürgermeister Jakob Reumann die ersten sozialdemokratischen Gemeinderäte Wiens, 1901 wurde Schuhmeier auch Reichstagsabgeordneter und 1910 Abgeordneter zum Niederösterreichischen Landtag — Wien war damals noch ein Teil von Niederösterreich. Er war der Autor des ersten Kommunalprogrammes der SPÖ, ein Wegbereiter der Sozialpolitik und in seinen letzten Lebensjahren ein unermüdlicher Mahner vor dem drohenden Krieg.

Ab 11. Februar 1913 sprach Schuhmeier bei einer Wahlkundgebung in Stockerau. Als er mit der Bahn nach Wien zurückfuhr, saß im gleichen Zug Paul Kunschak, der Bruder des Begründers der Christlichsozialen Arbeiterbewegung, Leopold Kunschak, (dieser war erster Obmann der ÖVP 1945, von 1945 bis 1952 Nationalratspräsident). Paul Kunschak war seit 1911 arbeitslos und gab den Sozialdemokraten die Schuld an seinem Schicksal. Der aufgestaute Haß veranlaßte ihn zum Mord an Schuhmeier.

Ab 11. Februar 1913 fielen um 22.45 Uhr in der Ankunftshalle des Nordwestbahnhofes zwei Schüsse. Tödlich getroffen sank der populärste Arbeiterführer Österreichs zu Boden. Zwei Eisenbahner überwältigten den Attentäter. Paul Kunschak wurde zum Tode verurteilt, dieses Urteil wurde später in zwanzig Jahre Kerker umgewandelt, 1918 wurde er begnadigt.

Das Begräbnis für Franz Schuhmeier wurde zum Trauertag für ganz Wien. Am 16. Februar 1913 gab beim Trauerzug durch Ottakring rund eine Viertelmillionen Menschen dem Politiker Franz Schuhmeier das letzte Geleit. (Schluß) red/rr

2. Lehrgang für Behindertenarbeit

Institut für Heimerziehung bildet Behindertenhelfer aus

Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Behinderte sollen nicht ausgesondert und versorgt, sondern in möglichst normale Lebensbedingungen integriert werden: Das ist das Ausbildungsziel des 2. Lehrgangs für Behindertenbetreuer, den das Institut für Heimerziehung der Stadt Wien derzeit veranstaltet. In dreisemestrigen Kursen — einschließlich zweier Praxismonate — werden die Teilnehmer aus dem Berufsfeld der Behindertenbetreuung zu Fachkräften der Behindertenarbeit ausgebildet.

Vor allem in den Organisationen zur Betreuung Behinderter besteht auf diesem Gebiet Nachholbedarf. Die neugeplanten Wohnplätze und Werkstätten werden die Nachfrage nach ausgebildeten Betreuern für behinderte Menschen weiter erhöhen. (Schluß) jel/gg

Umleitung in der Eßlinger Hauptstraße

Wien, 4.2. (RK-LOKAL) Ab Freitag, dem 5. Februar, 20 Uhr, muß wegen Kanalbauarbeiten für die Dauer von etwa neun Monaten der im 22. Bezirk in der Eßlinger Hauptstraße stadtauswärts fahrende Verkehr ab der Lannesstraße über die Viktor-Wittner-Gasse und die Kirschenallee zurück zur Eßlinger Hauptstraße umgeleitet werden.

Bei einem Schlechtwettereinbruch kann sich diese Verkehrsmaßnahme auf Montag, 8. Februar, 20 Uhr, verschieben. (Schluß) pz/gg

3.000 Kilometer Rohrnetz der Gaswerke

Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Mit der Fertigstellung einer Leitung im 14. Bezirk erreicht das Hauptrohrnetz der Wiener Stadtwerke-Gaswerke nunmehr eine Länge von mehr als 3.000 Kilometer. Dies teilte Mittwochabend Energiestadtrat Johann HATZL in einer Pressekonferenz mit. Das Hauptrohrnetz besteht aus dem Niederdrucknetz (bis 100 Millibar) mit einer Länge von 2.514 Kilometer und den Hochdruckleitungen (über 100 Millibar) mit 486 Kilometer Länge. Über dieses Rohrnetz werden 706.610 Haushalte und 38.440 Betriebe und Firmen auf einer Fläche von 900 Quadratkilometern mit Gas versorgt — im Vorjahr waren es insgesamt 900 Millionen Kubikmeter Erdgas.

Heute, Donnerstag, wurde im Rahmen eines Festaktes das letzte Stück des dreitausendsten Hauptrohrkilometers verlegt, und zwar im 14. Bezirk, Anzbachgasse 118. Er dient der Gebietsaufschließung in einem Neubaugebiet. Verlegt werden „Sphärogußrohre“ österreichischer Herkunft.

Kontinuierliche Erweiterung

Das Wiener Gasrohrnetz, eines der dichtesten Gasversorgungsnetze der Welt, wird kontinuierlich erneuert und erweitert. Es wurde 1912 1.000 Kilometer lang und erreichte 1950 die Länge von 2.000 Kilometer. Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden 1.169 Kilometer neu verlegt und 1.998 Kilometer ausgewechselt. In den letzten fünf Jahren betrug die Länge der neu verlegten Rohre 138 Kilometer und die der ausgewechselten 396 Kilometer.

Im Jahr 1987 standen für den Ausbau des Rohrnetzes den Gaswerken 245 Millionen Schilling zur Verfügung. Davon wurden 131 Millionen für Neulegungen zur Gebietsaufschließung verwendet und 114 Millionen zum Ausbau des Hochdrucknetzes. Um 300 Millionen Schilling wurden mehr als 86 Kilometer Rohrleitungen erneuert.

Im Gasrohrnetz sind derzeit folgende Materialien in Verwendung: 34 Prozent Grauguß, 30 Prozent Sphäroguß, 35 Prozent Stahl und ein Prozent Kunststoff.

Sicherheitsmaßnahmen

Die Rohrleitungen der Gaswerke werden laufend kontrolliert. Jede Stelle des gesamten Niederdrucknetzes wird einmal innerhalb von vier Jahren durch Gaswarngeräte an der Straßenoberfläche überprüft, beim Hochdrucknetz erfolgt die Überprüfung einmal jährlich. Für akute Gasrohrgebrechen verfügen die Gaswerke über einen Gebrechenbehebungsdienst, der rund um die Uhr in Wien unter der Kurznummer 128 erreichbar ist und dessen Trupps dauernd in Bereitschaft zum Ausrücken stehen.

Die Versorgungssicherheit mit Gas ist vor allem durch den 1986 fertiggestellten, 58 Kilometer langen „Hochdruckring“ rund um Wien gewährleistet. Auch ein Störfall in den Hauptregel- und Gasübernahmestationen Simmering und Leopoldau gefährdet nicht die Versorgung, da das Wiener Hauptrohrnetz sehr eng vermascht ist und über den Hochdruckring das Gas an mehreren Stellen über Gebiets-Gasdruckregelanlagen in das Hauptrohrnetz eingespeist werden kann.

Vorgesehene Investitionen der Gaswerke

Die Gaswerke planen für 1988 Investitionen von insgesamt 361,6 Millionen Schilling, wovon im Wirtschaftsplan 20 Millionen vorläufig gesperrt sind. Die frei zur Verfügung stehende Summe von 341,6 Millionen Schilling ist damit höher als im Jahr 1987. Auch im Jahr 1988 bildet das Rohrnetz mit 249 Millionen Schilling den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit der Gaswerke.

Für die Errichtung von Werkstättegebäuden im Gaswerk Simmering werden drei Millionen benötigt, ebenso viel wird die Erneuerung von Wasserleitungen in dieser Dienststelle kosten. Im Werk Leopoldau wird der Bau einer Hochdruckreduzierstation fortgesetzt. Für Regleranlagen werden 1988 rund 15,7 Millionen ausgegeben, für 36.000 neue Gaszähler und Gaszählerverbindungen 45 Millionen Schilling.

Gebietsaufschließung

Der Ausbau der leitungsgebundenen Energieträger wie Gas und Fernwärme bedeutet aktiven Umweltschutz. Die Fortführung des Programmes der Gaswerke zur Anschließung von Siedlungsgebieten in und außerhalb Wiens an das Gasversorgungsnetz wird daher zu den wichtigsten Aufgaben im Jahr 1988 zählen. 1987 wurden im Rahmen der Gebietsaufschließung um 131 Millionen Schilling 50,6 Kilometer in Siedlungsgebieten verlegt, darunter in der Siedlung Neugebäude (Simmering) vier Kilometer, in der Siedlung Friedensstadt (Hietzing) zwei Kilometer, in der Schafflerhofsiedlung und der Wolfgang-Mühlwanger-Siedlung in Donaustadt zusammen elf Kilometer und in der Siedlung Perfektastraße (Liesing) vier Kilometer. In Traiskirchen und in Gerasdorf wurden vier beziehungsweise sieben Kilometer Gasrohre zur Gebietsaufschließung verlegt.

Vor einer Aufschließung werden die Siedler von den Gaswerken angeschrieben, meist kommt es zu Versammlungen, wo das Projekt im direkten Gespräch vorgestellt werden kann. Um zu einer Realisierung zu kommen, müssen mindestens 15 Prozent der Haushalte eine Gasversorgung wünschen, sonst wäre die Rentabilität zu niedrig. Für die Leitung vom Hauptrohr zur jeweiligen Grundstücksgrenze (zum „Gaszählerblock“) wird im Gegensatz zu früher eine pauschalierte Summe verlangt, was zwei Vorteile hat: Einerseits ist der Betrag im Regelfall niedriger als früher, weil nicht kostendeckend kalkuliert wird, andererseits weiß jeder Haushalt schon von Beginn an genau, welcher Aufwand auf ihn zukommt. Es besteht auch die Möglichkeit, sich nur eine „Passivleitung“ bis zur Grundstücksgrenze legen zu lassen, wenn erst später, eventuell bei einem Neubau, die Gasversorgung gewünscht wird.

Gute Erfahrungen haben die Gaswerke mit der Simmeringer Siedlung „Neugebäude“ gemacht. Auf Grund der Möglichkeit, eine neue Rohrverlegungstechnik anzuwenden (die sogenannte „Bodendurchschlagsrakete“, eine geschlossene Bauweise wie beim U-Bahn-Bau, bei der das umliegende Erdreich verdrängt wird), konnte der ursprünglich angekündigte Pauschalpreis von 11.800 auf 8.000 Schilling gesenkt werden. Dieser Kostenbeitrag wird als Mittel der Zuleitungslängen errechnet, ist also für verschiedene Siedlungen unterschiedlich, kann aber als Richtwert angesehen werden.

Für 1988 ist die Aufschließung folgender Gebiete — und damit die Reduktion der Emissionen in diesen — im 22. Bezirk geplant:

Invaliden-, Kienast-, Teufelsfeldsiedlung
Schafflerhofsiedlung
Siedlung Lettenhaufen
Siedlung Obere Teiläcker.

Ebenso sind in Traiskirchen und in Gerasdorf weitere Aufschließungen vorgesehen. Insgesamt sollen 1988 42 Kilometer Gasrohre zur Gebietsaufschließung verlegt werden.

Aktion gegen gefährliche Kleinwasserheizer

Die sogenannten „Gas-Klein-Wasserheizer“ („Fünf-Liter-Durchlauferhitzer“) führen bei falschem Gebrauch immer wieder zu tödlichen Unfällen. Diese Geräte haben keinen Abzug, sodaß bei zu langer Verwendung, zum Beispiel zum Füllen der Badewanne, und bei gut abgedichteten

Forts. von Blatt 200

Forts. auf Blatt 202

Wohnungen es zu Sauerstoffmangel kommen kann.

Nachdem bereits über Informationsblätter die Besitzer auf diese Gefahren aufmerksam gemacht wurden, soll es nun zu einer gemeinsamen Aktion der Wiener Gaswerke und der Landesinnung Wien der Sanitär- und Heizungsinstallateure kommen. In vielen älteren Wohnungen ist nur die Verwendung solcher Kleingeräte möglich, es gibt aber ungefährliche Geräte, die sich bei Sauerstoffmangel selbsttätig abschalten.

In einer beabsichtigten Umtauschaktion, die bis Ende Juni 1988 befristet sein soll, können nun alle Besitzer von Gas-Klein-Wasserheizern ihre Geräte gegen neue, mit einer Sauerstoffmangelsicherung ausgestattete Geräte der Firmen Hermes, Junkers und Vaillant eintauschen. Dabei soll ihnen ein Aktionspreis von 3.990 Schilling verrechnet werden, der fast ein Drittel unter dem normalen Listenpreis liegt.

Die Besitzer solcher Geräte werden von den Gaswerken über diese Möglichkeit informiert, natürlich erfolgt der Gerätetausch auf völlig freiwilliger Basis. Das vorhandene Altgerät wird sofort vom Installateur mitgenommen. Die Arbeitskosten müssen jedoch extra verrechnet werden.

Gastarif wird mit 1. April 1988 gesenkt

Die angekündigte Senkung des Gastarifes steht auf der Tagesordnung des nächsten Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie. Sie wird per 1. April 1988 erfolgen und 12 Groschen pro Kubikmeter ausmachen. Der neue Tarif beträgt somit 4,25 Schilling pro Kubikmeter. Er wird auf jeden Fall bis Ende des Jahres gelten. Es ist dies die fünfte Gaspreissenkung seit 1. Jänner 1986, insgesamt wurde der Gaspreis seither um 29,5 Prozent gesenkt. (Schluß) roh/gal

Forts. von Blatt 201

ÄrztKommission beurteilt Medikamentenstudie im Pflegeheim Lainz

Kein nachteiliger Einfluß auf Behandelte

Wien, 4.2. (RK-KOMMUNAL) Die von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER berufene hochrangige Ärztekommision zur Überprüfung der Verwendung des Psychopharmakons Moclobemid in Form einer klinischen Studie an der 5. Medizinischen Abteilung des Pflegeheimes der Stadt Wien — Lainz hat ihre Untersuchungen abgeschlossen. Bei den Erhebungen hat sich „kein Anhalt dafür finden lassen, daß die Einnahme des erprobten Präparates Moclobemid auf das Befinden, die Erkrankungen oder das Leben der Behandelten einen nachteiligen Einfluß gehabt hat. Es hat sich aber herausgestellt, daß die im Arzneimittelgesetz festgelegten Bestimmungen über die Patienteneinverstandnis und das Patienteneinverständnis nicht eingehalten worden sind.“

Die Kommission stellt fest, daß die Studie zur klinischen Prüfung des Medikaments nach Meldung an den Arzneimittelbeirat und nach Verständigung der Direktion des Pflegeheimes am 28. Jänner 1987 begonnen wurde. Vor Beginn dieser Studie wurden in Österreich bereits zehn humanpharmakologische und acht klinische Studien zu diesem Präparat durchgeführt. Diese ergaben eine gute Verträglichkeit und legten daher eine Langzeiterprobung nahe.

Auch die Kommission zur Beratung und Begutachtung von klinischen Forschungsprojekten (Ethikkommission) der medizinischen Fakultät der Universität Wien hat am 5. Oktober 1987 einstimmig einer Erprobung zugestimmt.

Guter Therapieerfolg des Medikaments

Insgesamt wurde Moclobemid an 35 Patienten der 5. Medizinischen Abteilung des Pflegeheimes Lainz verabreicht. Im längsten Fall erhielten Patienten das Medikament ein Jahr lang verordnet. Nach Aussagen von Primaria Dr. Lore RIEDER und von vier befragten Ärzten der Abteilung wurde das Medikament von allen Patienten gut vertragen und zeigte mehrheitlich einen guten Therapieerfolg.

Die Kommission stellte weiter fest, daß es nach Durchsicht der Krankengeschichten keinen Anhalt gibt, „daß Moclobemid für den Tod von Patienten eine ursächliche Rolle gespielt hat. Auch der Vergleich der Zahl der Todesfälle an der Abteilung in den Jahren 1985 und 1986 mit dem Jahr 1987, in dem Moclobemid verabreicht wurde, gibt keinen Anhalt für eine Zunahme der Mortalitätsrate in diesem Jahr (1985: 112, 1986: 171, 1987: 119).“

Allerdings ist die im Arzneimittelgesetz vorgesehene Aufklärung der Patienten, die Moclobemid erhalten haben, nicht durchgeführt worden.

Gegen die verantwortliche Primaria läuft ein Disziplinarverfahren. Bis zum Abschluß dieses Verfahrens soll sie in einen anderen Bereich des Pflegeheimes versetzt und direkt dem ärztlichen Direktor unterstellt werden.

Verbot der Arzneimittelstudien aufgehoben

Auf Grund des Untersuchungsergebnisses wird das Verbot, mit dem Medikament Moclobemid in den Wiener Krankenanstalten Studien durchzuführen, aufgehoben. Selbstverständlich müssen alle bestehenden Bestimmungen eingehalten werden.

Mitglieder der Untersuchungskommission waren: Univ.-Prof. Dr. Peter BERNER, Vorstand der Psychiatrischen Universitätsklinik, Univ.-Prof. Dr. Georg GEYER, Vorstand der II. Medizinischen Universitätsklinik, Univ.-Prof. Dr. Karl TRAGL, Vorstand der 1. Medizinischen Abteilung des Franz-

Josef-Spitals und Obersenatsrat Dr. Wolfgang ZWINS, Leiter der Magistratsabteilung 17 (Anstaltenamt).

In Ergänzung zum Kommissionsbericht stellte Stadtrat Stacher fest, daß die Magistratsabteilung 17 bereits im Juni 1986 einen Erlaß herausgegeben hat, der die klinische Prüfung von Arzneimitteln und sonstige Arzneimittelproben sogar strenger regelt als das Arzneimittelgesetz („nachweisliche Einwilligung“ des Patienten). Die Einwilligung des Patienten muß in den Wiener städtischen Spitälern und Pflegeheimen „in einer der Krankengeschichte angeschlossenen Niederschrift beurkundet“ werden. Außerdem hält dieser Erlaß fest, daß die durch eine klinische Prüfung der Stadt Wien erwachsenden tatsächlichen Kosten abzugelten sind. Die Innenrevision der MA 17 wird nun kontrollieren, ob diese Verpflichtung erfüllt wurde.

Studienleiter werden über Rechtslage informiert

Stadtrat Stacher hat angeordnet, daß der Erlaß der MA 17 neuerlich allen Studienleitern zur Kenntnis gebracht wird. Außerdem sollen für die in Frage kommenden Ärzte in den städtischen Krankenanstalten und Pflegeheimen Informationskurse über die Rechtslage abgehalten werden. Studien sollen dann mehr von Ärztinnen und Ärzten durchgeführt werden dürfen, die nachweisen können, daß sie auch über die rechtliche Situation Bescheid wissen. (Schluß) sc/rr/gg

Forts. von Blatt 203